



HESSISCHER LANDTAG

16. 08. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

**der Abg. Dr. Spies, Müller (Schwalmstadt), Decker,
Merz, Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend dem Fachkräftemangel in der Altenpflege begegnen -
Schulgeldpauschale des Landes endlich anpassen**

Laut Pflegemonitor fehlen ab dem Jahr 2020 jährlich knapp 3.000 Fachkräfte in der Altenpflege. Bereits jetzt nimmt aber die Nachfrage nach ausgebildeten Altenpflegerinnen und Altenpflegern zu, der Bedarf hat sich bereits vom Jahr 2006 auf das Jahr 2008 verdoppelt. Aktuell können beispielsweise in Wiesbaden 162 Stellen nicht besetzt werden, durch anstehende Neubauten wird sich diese Zahl im nächsten Jahr noch deutlich erhöhen. Landesweit werden derzeit ca. 2.000 Fachkräfte gesucht. Das Land hat zwar die Kapazitäten um 500 zusätzliche Plätze zum neuen Schuljahr erhöht, davon werden 250 Plätze durch Bildungsgutscheine der Agentur für Arbeit finanziert.

Die vom Land gezahlte Schulgeldpauschale von 320 € pro Monat und Platz wurde seit 2002 nicht erhöht. Kurzfristig zum neuen Schuljahr wurde außerdem durch die Landesregierung eine Kürzung bei der sogenannten Abbrecherregelung vorgenommen, die die Altenpflegeschulen zusätzlich belastet.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Erhöhung der Anzahl der Ausbildungsplätze in der Altenpflege von 3.500 auf 4.000 Plätze dem derzeitigen und dem zukünftigen Bedarf nicht gerecht wird. Insbesondere sind die vom Land bezuschussten zusätzlichen 250 Plätze bei Weitem nicht ausreichend und müssen dringend erhöht werden.
2. Der Landtag hält es für erforderlich, dass die seit 2002 unverändert gebliebene Schulgeldpauschale von 320 € monatlich dem heutigen Bedarf angepasst wird. Die zusätzliche finanzielle Belastung der Altenpflegeschulen durch die Kürzung bei der sogenannten Abbrecherregelung verschärft die wirtschaftliche Situation der Schulen und bedroht somit die Ausbildung der dringend notwendigen Fachkräfte.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bemessung der durch das Land finanzierten Ausbildungsplätze auf empirische Befunde wie die Ergebnisse des Pflegemonitors zu stützen und die Zahl der Ausbildungsplätze entsprechend aufzustocken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. August 2011

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph

**Dr. Spies
Müller (Schwalmstadt)
Decker
Merz
Roth**